

Mein Jahresrückblick 2015

Landeselternsprecher Wolfgang Seelbach, 26.12.2015

Der Amtsantritt des Bildungsministers fing nicht gut an ...

Als Herr Baaske das Amt von Frau Dr. Münch übernahm, gab es schon in den ersten Monaten Maßnahmen, die unseren Protest hervorriefen:

- Der Einschulungstichtag wurde nicht auf den 30.6. verlegt (wie wir angesichts der hohen Rückstellungszahlen gefordert hatten).
- Ganztagsanträge (VHS) wurden gestoppt.
- Stunden für außerschulischen Unterricht (Planetarium, umwelt- und museumspädagogische Projekte) wurden gestrichen.
- 30% der Klassen mit Gemeinsamen Unterricht waren überbelegt. Das Ministerium war nicht bereit, die Sonderpädagogik-Verordnung anzuwenden, die eine Deckelung der Klassenfrequenz auf maximal 23 vorsieht.

Viele Eltern fühlten sich an die ersten Tage von Frau Dr. Münch als Bildungsministerin erinnert, die seinerzeit auch zunächst als verlängerter Arm des Finanzsenators auftrat, um dann nach und nach ihre Rolle als Bildungsministerin zu finden und doch noch einige Impulse gesetzt hat.

... und wurde dann aber besser!

Dem neuen Bildungsminister muss man zu Gute halten, dass er streitbar und teilweise lernfähig ist, und das, was er verspricht, auch zu halten scheint.

- Der Stopp für Ganztagsanträge wurde aufgehoben, die Grundschule Wustermark hat als Weihnachtsgeschenk die Genehmigung des VHG-Konzeptes vor kurzem erhalten.
- Die zurückgenommenen Stunden für pädagogisch wertvollen außerschulischen Unterricht wurden weitgehend doch wieder gegeben und
- Die Beantragung von Rückstellungen wurde für die Eltern vereinfacht, was zu einer gewissen Beruhigung geführt hat (Siehe unten „Kompromiss zur Früheinschulung!“).
- Mehr Lehrkräfte wurden eingestellt (siehe unten „Endlich mehr Lehrerstellen!“).

Kompromiss zu Früheinschulung!

Mit der Vereinfachung des Antragsverfahrens auf Rückstellung und dem hohen Anteil an Genehmigungen **ist das Ministerium den Eltern einen wichtigen Schritt entgegengekommen.** Hier gab es auch Konsens im Landtag.

Dennoch: Die Antragszahlen für Rückstellungen waren im vergangenen Jahr weiterhin sehr hoch und es gibt vermutlich nach wie eine hohe Dunkelziffer an nicht informierten Eltern. Das bestätigt unsere Forderung nach Verschieben des Einschulungstichtages vom 30.9. auf den 30.6. Dabei sollten frühreife Kinder selbstverständlich auf Antrag auch früher eingeschult werden.

Unterstützung für die Verlegung des Einschulungstichtages gibt es von der Linken und der CDU. Die SPD hat sich immerhin für eine ergebnisoffene Prüfung ausgesprochen.

Endlich mehr Lehrerstellen!

Nach vielen Jahren unverändertem Schüler-Lehrer-Verhältnis wurde im Sommer 2015 die im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung der Stellenzahl mit einer ersten „Rate“ von 145 Stellen umgesetzt. Weitere „Raten“ von je 145 zusätzlichen Stellen sollen dann in den nächsten Schuljahren folgen.

Gleichzeitig wurden mehr Stellen für Flüchtlingskinder eingestellt. Die gut 100 Stellen, die an das Pilotprojekt Inklusion gebunden sind, bleiben bestehen. **So haben wir einen Schub von neuen Lehrkräften, die hoffentlich frischen Schwung und Entlastung in die Schulen bringen.**

In den nächsten Jahren wird es dann allerdings voraussichtlich weniger um die Bereitstellung von Stellen und dem *good will* der Politik gehen, sondern darum, geeignete Lehrkräfte zu finden – der Lehrkräftemarkt ist jetzt schon ausgedünnt.

Gemeinsamer Unterricht bewährt sich!

Im vergangenen Jahr ist das 3-jährige **Pilotprojekt Inklusive Grundschulen** abgelaufen, an dem sich knapp 20% der Grundschulen beteiligten. **Alle teilnehmenden Schulen verlängern um 2 Jahre. Die pauschale Zuteilung von Förderstunden hat sich bewährt** und die Schulleitungen können damit nach übereinstimmenden Aussagen viel besser langfristig planen. Das bestätigt unsere Position. Der LER hatte seinerzeit das Projekt unterstützt, aber begleitend weitergehende Forderungen zum Gelingen individueller Förderung aufgestellt.

Der Gemeinsame Unterricht (GU) hat bei uns eine lange Tradition, der bis in die Gründungszeit unsere Bundeslandes Brandenburg zurückreicht.

In diesem Jahr gab es auch im Landtag wieder ideologisch motivierte Debatten um den Begriff „Inklusion“. Der Begriff „Inklusion“ führt offenbar immer wieder zu Missverständnissen, weil er sowohl eine gesamtgesellschaftliche Dimension hat, die weit über schulische Bildung hinausreicht, als auch eine pädagogische fachliche Ausprägung hat.

Der Landeselternrat hat sich seit 2011 öffentlich mehrfach dazu klar geäußert und diese Positionen auch im vergangenen Jahr 2015 noch einmal bestätigt (nachzulesen auf der Homepage). **Ich trete dafür ein, dass einerseits die Bedingungen für individuelle Förderung und Gemeinsamen Unterricht verbessert werden und andererseits nachgefragte Förderschulen nicht geschlossen werden. Nur so lässt sich das Elternwahlrecht zwischen Regelklasse und Förderschule aufrechterhalten.**

Der LER wird sich im Januar 2016 mit der Resolution des Bundeselternrates und dann im Frühjahr 2016 mit der Evaluation der Pilotschulen befassen.

Schulzentren stärken, Ü7 stressfreier gestalten!

Am Ende des Jahres gab es dann noch einen kleinen bildungspolitischen Paukenschlag. Die Regierungsparteien bekräftigten im Landtag die Forderung nach mehr Schulzentren: **der Zusammenschluss von Grund- und weiterführenden Schulen soll unterstützt werden.** Voraussetzung soll sein, dass Träger, Lehrkräfte und Eltern zustimmen. Das Konzept der Kleinen und Filial-Grundschulen steht dazu nicht im Widerspruch, kann also mit Schulzentren kombiniert werden. Bisher gibt es nur etwas mehr als 30 Schulzentren. Das Ministerium soll dazu ein Konzept vorlegen.

Der Antrag entspricht ziemlich genau dem, was im LER im Rahmen des Demografieberichts diskutiert wurde. Die Vorteile für Eltern und Schüler liegen auf der Hand: Es können alle oder fast alle Abschlüsse an einem Ort angeboten werden und der Übergang zur weiterführenden Schule („Ü7“) verläuft deutlich stressfreier. Primar- und Mittelstufen-Lehrkräfte können sich gegenseitig befruchten. Die Vertretungsorganisation ist einfacher.

Die bisherigen Rückmeldungen aus der Elternschaft zu den bestehenden Schulzentren sind positiv. Bedenken gab es hinsichtlich der potentiellen Konflikte von Grundschulern mit Älteren während der Pausenzeit. Hier sollten die Schulen die positiven Erfahrungen mit Patenschaften höherer Klassen nutzen. Außerdem lassen sich die Schulhofzeiten entzerren.

Wir werden sehen, wo und wann weitere Schulzentren beantragt werden. Das Konzept soll bis Mitte des Jahres erstellt werden.

Wolfgang Seelbach